



**Schleswig-Holstein**  
Ministerium für Inneres,  
ländliche Räume,  
Integration und Gleichstellung

# Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein

Kiel, 15. Juni 2021

Referat IV 30

Kommunale Finanzen, Kommunaler Finanzausgleich, Sparkassenwesen  
im Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung  
des Landes Schleswig-Holstein

## Inhaltsverzeichnis

1. Rahmenbedingungen .....	4
1.1 Aktuelle Situation.....	4
1.2 Rückblick auf die Entwicklung 2008-2020 .....	6
1.3 Ausblick .....	7
2. Kommunale Finanzsituation im Vergleich.....	9
3. Bewertung der kommunalen Finanzsituation in Schleswig-Holstein anhand weiterer Kennzahlen.....	13
3.1 Aufgelaufene Defizite .....	15
3.2 Eigenkapital.....	16
3.3 Pensionsrückstellungen .....	16
3.4 Kreisumlagesätze.....	17
3.5 Umsetzungsquoten .....	17
4. Zusammenfassung .....	18
5. Anlagenverzeichnis .....	20

## 1. Rahmenbedingungen

Die Finanzsituation der Kommunen wird wie die Situation aller öffentlichen Haushalte wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt. So fließen bei guter Konjunktur höhere Steuereinnahmen in die öffentlichen Kassen, während gleichzeitig geringere soziale Transferleistungen aufzubringen sind. Zur Einschätzung der konjunkturellen Lage wird regelmäßig das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen.

Daneben beeinflussen besondere Maßnahmen und Entwicklungen – wie beispielsweise (Steuer-)Rechtsänderungen, Konjunkturprogramme, aber auch unvorhersehbare Ereignisse wie beispielsweise eine Pandemie – unmittelbar die Lage der öffentlichen Haushalte.

### 1.1 Aktuelle Situation

Die **Auswirkungen der COVID-19-Pandemie** beschäftigen nach wie vor das gesamte Land. Um das Leben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, haben der Bund und die Länder, wie viele andere Staaten auch, erhebliche Einschränkungen erlassen müssen. Alle staatlichen Ebenen sind stark von der COVID-19-Pandemie betroffen und dadurch mit erheblichen Belastungen konfrontiert. Sie stehen in der Bewältigung der Auswirkungen der Krise vor besonderen Herausforderungen. Da das weitere Szenario der Bekämpfung der Corona-Pandemie derzeit weiterhin ungewiss ist, ebenso die Länge und Intensität der Beschränkungen und Eindämmungsmaßnahmen, lässt sich auch das Ausmaß der jeweiligen Betroffenheit der staatlichen Ebenen noch nicht abschätzen.

Die Bundesregierung hat eine ganze **Reihe von Maßnahmen ergriffen**, um Unternehmen und Beschäftigung in diesen schwierigen Zeiten zu sichern – mit der Verlängerung der Kurzarbeit, mit erheblichen Kreditlinien für Firmen und Betriebe, mit Zuschüssen für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen sowie durch die Stundung von Steuerzahlungen. All diese Maßnahmen waren wichtig und richtig, all diese Maßnahmen wirken sich auch auf die (Steuer-)Einnahmen des Staates aus.

Der Koalitionsausschuss auf Bundesebene hat sich bereits am 3. Juni 2020 im Rahmen des Konjunkturpaketes auf eine **Stärkung der Länder und Kommunen** verständigt. Das Paket beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, die zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen in Schleswig-Holstein führen. Hier sind vor allem der von 49 % **auf bis zu 74 % anwachsende Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft (KdU)** zu nennen, der zu einer **dauerhaften und nicht unerheblichen Entlastung der kommunalen Haushalte** beiträgt. Schleswig-Holstein hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach gegenüber dem Bund für eine Erhöhung des Bundesanteils an den KdU eingesetzt. Hinzu kommt der pauschalierte Ausgleich krisenbedingter Ausfälle der gemeindlichen Gewerbesteuererinnahmen, welcher zur Hälfte von den Ländern getragen wird. Anfang Dezember 2020 wurden, jeweils hälftig finanziert von Bund und Land, 330 Millionen Euro zum Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen bereitgestellt und an die Kommunen ausgezahlt. Dies führte zu einer deutlichen Entlastung der Kommunen, ist jedoch für das Land eine deutliche Belastung. Daneben werden zahlreiche weitere Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket zu einer – teilweise auch mittelbaren - finanziellen Entlastung der Kommunen führen.

Mit dem „**Stabilitätspakt für unsere Kommunen** zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den kommunalen Landesverbänden über den gemeinsamen Weg durch die Corona-Pandemie vom 16. September 2020“ wurden die notwendigen Schritte vereinbart, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Beispielsweise erhalten die Kommunen **aufgestockte Mittel für Integration, Stärkung der Infrastruktur und Straßenausbau** im Rahmen einer Erhöhung der Verbundquote des kommunalen Finanzausgleiches. Außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs wird ab 2021 ein Infrastrukturfonds „Schule, Klimaschutz und Mobilität“ mit einem Volumen von 150 Millionen Euro eingerichtet und seitens des Landes mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet. Zur fiskalischen Bewältigung der Pandemie wird der negative Abrechnungsbetrag aus dem kommunalen Finanzausgleich 2020 (139 Millionen Euro) durch das Land und die Kommunen zeitlich gestreckt und außerdem in den Jahren 2022 bis 2031 **gemeinsam jeweils hälftig finanziert**. Für das Jahr 2022 ergibt sich hieraus ein durch das Land getragener Abrechnungsbetrag von knapp 7 Millionen Euro. Weitergehend wird das Land bis zu rd. 110 Millionen Euro Mindereinnahmen bei den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommensteuer in den Jahren 2021 und 2022 der Kommunen kompensieren.

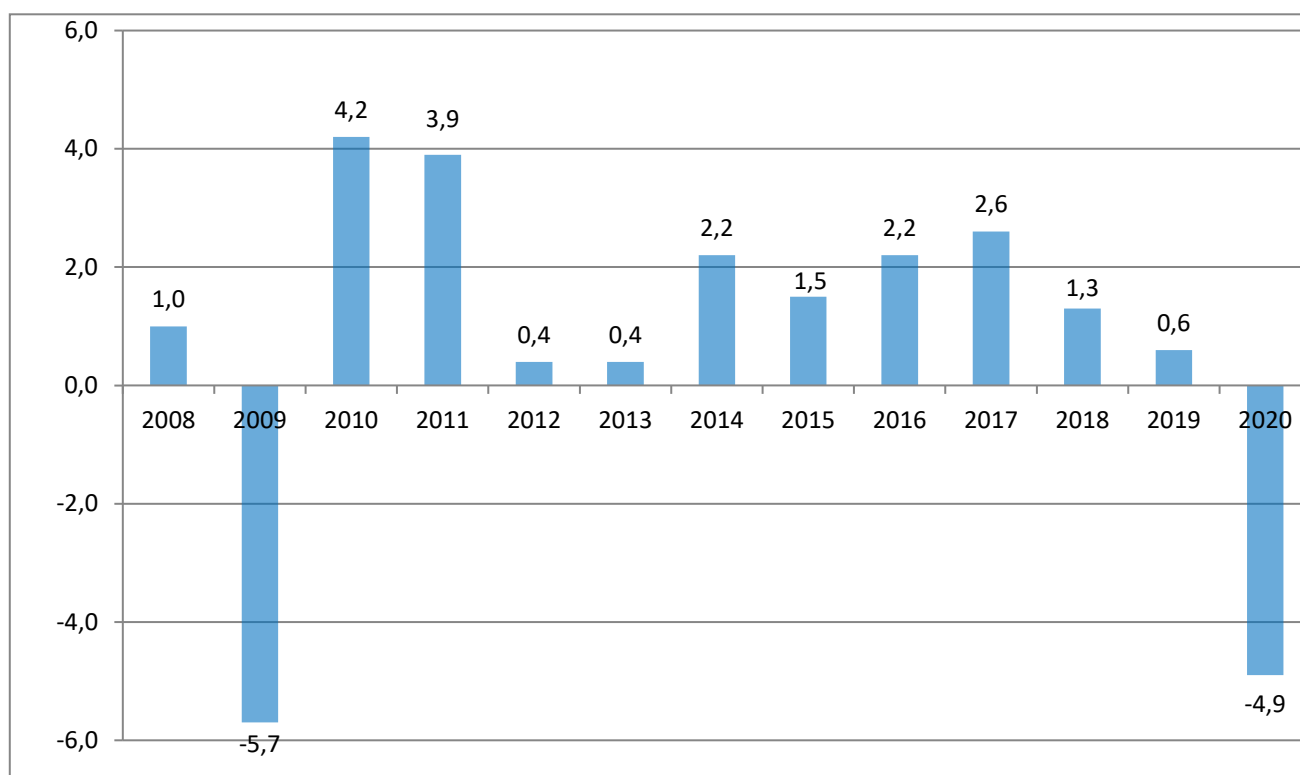
Auch die **bedarfsgerechte Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleiches** wird – unabhängig von den Maßnahmen zur Abhilfe der finanziellen Pandemiefolgen – die kommunale Haushaltsslage dauerhaft stärken. Diese trat zum 1. Januar 2021 mit der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft. Diese Weiterentwicklung regelt die Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die Kommunen bedarfsgerechter, nachhaltiger und fairer und basiert auf konkreten, wissenschaftlichen Finanzbedarfsermittlungen. Ferner wurde die Finanzausgleichsmasse vom Land aufgestockt. Bereits ab dem Jahr 2021 steigt die Finanzausgleichsmasse um 65 Millionen Euro an. In den Jahren 2022, 2023 und 2024 wird die Ausgleichsmasse um jeweils weitere fünf Millionen Euro erhöht, bis 2024 insgesamt 80 Millionen Euro erreicht sind.

Die COVID-19-Pandemie bedeutet für die kommunale Haushaltswirtschaft nicht zu vernachlässigende Unsicherheiten und zusätzliche finanzielle Belastungen – auch im Jahr 2021. Gleichwohl schaffen die von allen staatlichen Ebenen vereinbarten und teilweise bereits umgesetzten unterstützenden Maßnahmen Perspektiven und sichern die nachhaltige Daseinsvorsorge für die Menschen im Land. Auch wenn aktuell noch nicht abschließend eingeschätzt werden kann, wie die Maßnahmen sich auf die kommunale Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken werden. Unbeschadet dessen bietet das Kommunalhaushaltsrecht in Schleswig-Holstein den Kommunen eine wichtige Grundlage, die Herausforderungen gut bewältigen zu können. Denn die Normen sind vielfach flexibel ausgestaltet, um unabsehbaren besonderen Bedarfen Rechnung tragen zu können.

## 1.2 Rückblick auf die Entwicklung 2008-2020

2008 und 2009 beeinträchtigten die heftigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Finanzsituation der Kommunen. Das BIP brach im Zuge der Krise massiv ein. Der Staat setzte als Reaktion hierauf verschiedene Konjunkturprogramme auf, so dass sich auch ab 2012 eine Entspannung der Finanzsituation abzeichnete.

*Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Vorjahr in %<sup>1</sup>*



Seit **2014** zeigte sich ein **robustes Wirtschaftswachstum**, was sich schließlich auch in den öffentlichen Haushalten positiv bemerkbar macht. Ab **2018 hat der seit Jahren anhaltende Aufschwung zuletzt an Dynamik eingebüßt und hat 2019 weiter an Schwung verloren**. Nachfrageseitig geht dies vor allem auf eine deutlich schwächere Exportnachfrage aus wichtigen Absatzmärkten zurück. Angebotsseitig spielen die in einigen Branchen erreichten Kapazitätsgrenzen und bestehenden Arbeitskräfteengpässe eine Rolle.

Seit 2011 kamen und kommen den kommunalen Haushalten zahlreiche Maßnahmen des Bundes und des Landes zu Gute. So erfolgte zuletzt Anfang 2018 eine Verständigung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden auf ein millionenschweres Paket zur Entlastung von Städten, Kreisen und Gemeinden. Das Land ist sich seiner Verantwortung für die Kommunen bewusst und hat auch mit der Nachschiebeliste zum Haushalt 2020 deutliche Zeichen gesetzt. Der Integrationsfestbetrag wurde um zusätzliche 4 Millionen Euro auf

<sup>1</sup> 2008-2020: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4, Tabellenteil 2.1.1, 2020.

9 Millionen Euro angehoben. Das Programm „Ehrenamt und Flüchtlinge“ wurde mit 1 Millionen Euro fortgesetzt. Weitere 20 Millionen Euro stellt das Land den Kommunen für die Kompensation der Auswirkungen des Systemwechsels im Bereich der Sozialhilfe zur Verfügung. Die kommunale Finanzentwicklung der letzten Jahre, auf die in diesem Bericht noch näher eingegangen wird, zeigt, dass die Maßnahmen auch gegriffen haben.

### 1.3 Ausblick

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen und Dauer der Corona-Pandemie geht die Steuerschätzung von einer verhaltenen, aber **mittelfristig deutlichen Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung** aus. Die Steuerschätzung legt eine allmähliche Bewältigung der Krise zugrunde und geht nicht davon aus, dass es erforderlich sein wird, aufgrund anhaltend hoher Infektionszahlen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie noch weiter zu verlängern oder zu verschärfen. Insbesondere das Auftreten von ansteckenderen oder resistenteren Virus-Mutationen stellt jedoch eine zusätzliche Unsicherheit dar.

Aktuell ist die wirtschaftliche Entwicklung auf der einen Seite von andauernden Einschränkungen in den Dienstleistungsbereichen und auf der anderen Seite von einer vergleichsweise robusten Industriekonjunktur geprägt. Diese wird durch eine erhöhte Dynamik im Außenhandel manifestiert. Die Steuerschätzerinnen und Steuerschätzer gehen von einem kräftigen Anstieg der Exporte im Projektionszeitraum aus. Erwartet wird auch eine deutliche Erholung der Binnenwirtschaft im Laufe des 2. Quartals mit dem Fortschreiten der Impfungen und einer einhergehenden Reduktion der Einschränkungen. Mit einem Wiedereinsetzen des privaten Konsums in der zweiten Jahreshälfte wird ein kräftiges Anziehen der Importe ausgegangen.

Bundesweit wird das Steueraufkommen für das Jahr 2021 nach der diesjährigen Frühjahrsprojektion leicht unter den Schätzergebnissen von November 2020 liegen. Gegenüber den Schätzergebnissen von Oktober 2019, der letzten Projektion ohne Einfluss der Corona-Pandemie Auswirkungen, ist die Summe der Steuereinnahmen deutschlandweit um 71,7 Milliarden Euro gesunken.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ rechnet verglichen mit der Steuerschätzung vom November 2020 für das Jahr 2021 mit um 2,7 Milliarden Euro niedrigeren Steuereinnahmen, für 2022 wird ein Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung um ca. 3,8 Milliarden Euro prognostiziert. Für dieses Jahr wird dabei ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von real 3,5 % und für das kommende Jahr 2022 ein Anstieg von 3,6 % erwartet. Die Schätzungen für die Jahre 2023-2025 weisen im Vergleich zum Schätzergebnis aus November 2020 deutlich im Zeitverlauf steigende Steueraufkommen aus.<sup>2</sup>

Für die **Einnahmen der schleswig-holsteinischen Kommunen** prognostiziert die aktuelle Steuerschätzung von Mai 2021– insoweit anders als für die Gebietskörperschaften deutschlandweit insgesamt – dagegen einen **deutlicher Anstieg** für den betrachteten Zeitraum gegenüber den bisherigen Erwartungen. Für 2021 wird eine Zunahme von 246 Millionen Euro gegenüber den Ergebnissen der November-Schätzung erwartet. Gegenüber dem Ist 2020

---

<sup>2</sup> Vgl. Ergebnis der 160. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ und Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 12. Mai 2021

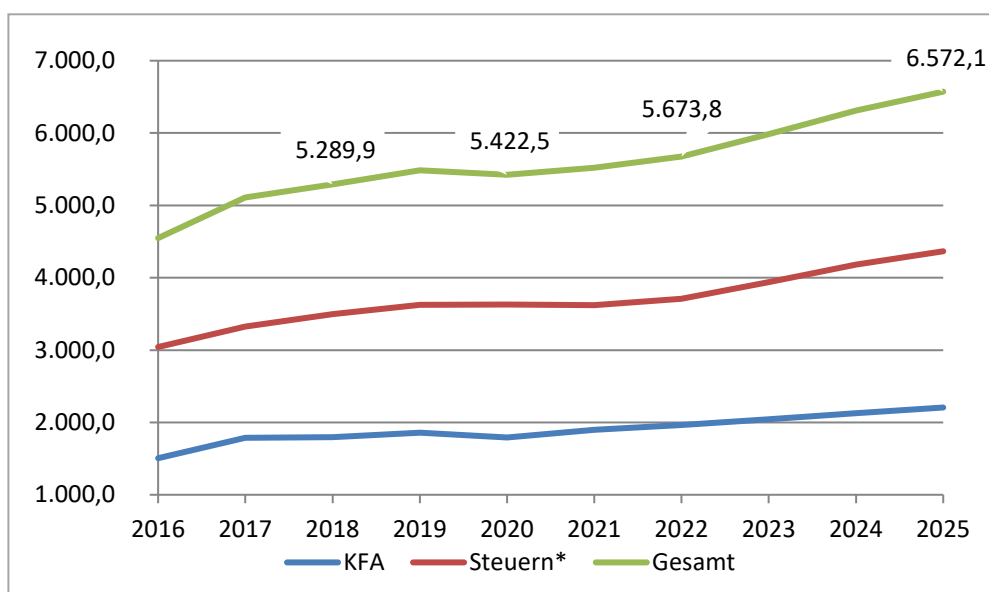
bedeutet dies eine Zunahme um rund 166 Millionen Euro. Die aktuelle Steuerschätzung von Mai 2021 gibt wie auch die Schätzung vom November 2020 weiterhin konsistent steigende Einnahmen der Kommunen in Schleswig-Holstein im Zeitverlauf für die Jahre 2021 bis 2025 an. Im Vergleich zur Schätzung vom November 2020 fällt der erwartete Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen pro Jahr höher aus. Der Anstieg liegt in den betrachteten Jahren pro Jahr zwischen 125 Millionen Euro (im Jahr 2021 auf 2022) und 242 Millionen Euro (im Jahr 2022 auf 2023).

Die Einnahmen der Kommunen in Schleswig-Holstein wachsen ab dem Jahr 2021 auf absolutem Niveau stetig deutlich an. Die Einnahmen aus dem KFA steigen im Jahr 2021 auf 1.897,4 Millionen Euro und erreichen damit ein um 37,6 Millionen höheres Niveau als 2019. Auch die kommunalen Steuereinnahmen steigen im mittelfristigen Verlauf deutlich an.

2022 wird ein um 87,9 Millionen höherer Wert als im Vorjahr erreicht. Im Dezember 2020 wurde, jeweils hälftig finanziert von Bund und Land, 330 Millionen Euro zum **Ausgleich der Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer** an die Kommunen ausgezahlt. Die aktuelle Steuerschätzung ergab für das Jahr 2020 ein Gewerbesteueraufkommen (netto) von rd. 1.442 Millionen Euro. In der Schätzung von Oktober 2019 – ohne Corona-Pandemie Einflüsse – war das Gewerbesteueraufkommen (netto) auf nur rd. 3 Millionen Euro höher beziffert worden. Des Weiteren wird es einen pauschalen Ausgleich der pandemiebedingten Mindereinnahmen bei dem Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer in den Jahren 2021 und 2022 geben. Dieser beläuft sich auf rd. 110 Millionen und wird durch das Aufkommen in Vergleichszeiträumen festgesetzt.

Das absolute Einnahmenniveau wird nach dieser Prognose schon im Jahr 2022 deutlich über dem Niveau des Jahres 2019 (vor Pandemie Niveau) liegen und bis 2025 weiter auf einen Rekordwert von 6.572,1 Millionen Euro ansteigen.

*Einnahmeentwicklung der schleswig-holsteinischen Kommunen in Millionen €*



\* einschl. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Familienleistungsausgleich, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer und sonstige Gemeindesteuern.



## 2. Kommunale Finanzsituation im Vergleich

Für den Vergleich der kommunalen Finanzsituation liegen statistische Vergleichswerte anderer Bundesländer vor. Insbesondere eignet sich ein Vergleich mit den bundesdeutschen Flächenländern.

Regelmäßig statistisch ermittelt werden beispielsweise:

- Kassenkredite der Kernhaushalte (Anlage 4)
- Schulden der Kernhaushalte (Anlage 5)
- Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte (Anlage 6)
- Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte (Anlage 7)
- Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte (Anlage 8)
- Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen (Anlage 9)
- Hebesätze der Realsteuern – Realsteuervergleich (Anlage 10)

Hierzu ist anzumerken: Durch die in Schleswig-Holstein bereits zweimal eröffnete Möglichkeit, Kassenkredite durch Kredite abzulösen, ist der Zusammenhang zwischen Kassenkrediten und der Höhe der nicht abgedeckten Fehlbeträge nicht mehr uneingeschränkt herstellbar. Dies mindert den Aussagewert der einzelnen Kennzahlen Kassenkredite und Schulden. Daher sollte vorrangig auf die Gesamtverschuldung abgestellt werden.

Hinzu kommt, dass durch Ausgliederung kommunaler Einrichtungen Schulden vielfach nicht mehr in den Kernhaushalten der Kommunen, sondern in Extrahaushalten und bei sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nachgewiesen werden. Daher gewinnt eine Gesamtbetrachtung an Bedeutung.

Die Extrahaushalte bilden nach dem Schalenkonzept der Finanzstatistik zusammen mit den Kernhaushalten den „öffentlichen Gesamthaushalt“. Sie sind definiert als

- institutionelle Einheiten (Merkmal: Entscheidungsfreiheit und vollständiges Rechnungswesen)
- die von Kommunen kontrolliert werden (mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte) und
- bei denen es sich um Nichtmarktproduzenten (nicht mehr als 50 % der Produktionskosten werden durch Umsätze gedeckt) oder Hilfsbetriebe (erwirtschaften ihre Umsätze größtenteils mit dem öffentlichen Bereich) handelt.

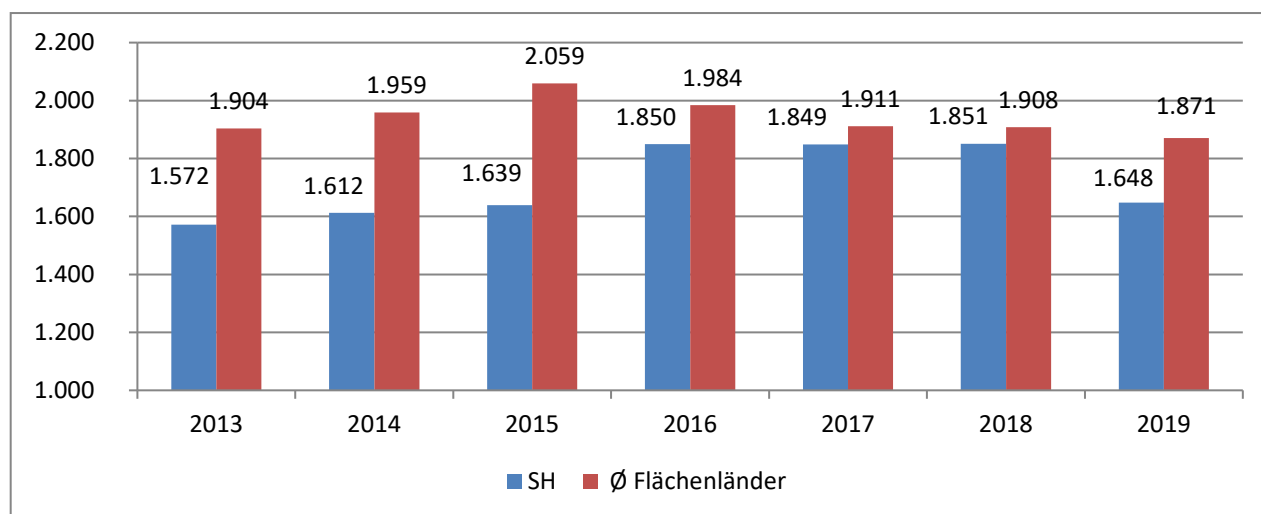
**Nicht** zu den Extrahaushalten zählen z. B. überwiegend Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen (Marktproduzenten).

Beeinträchtigt wird die Kennzahl Kassenkredite dadurch, dass statistisch bei der Darstellung des Schuldenstands in den Jahren 2016 bis 2018 inklusive die Finanzbeziehungen zwischen Ämtern und amtsangehörigen Bereich eingeflossen sind. Hierbei werden entgegen den landeshaushaltsrechtlichen Vorschriften unter den Kassenkrediten beim öffentlichen Bereich auch die Verbindlichkeiten nachgewiesen, die im Rahmen von Amts- oder Einheitskassen entstanden sind. Aus diesem Grund ergibt sich ein sprunghafter Anstieg in der Statistik der Kassenkredite im Jahr 2016 zu 2015. Ab dem Jahr 2019 gehören die Verbindlichkeiten des Amts- oder Einheitskassenführers gegenüber den teilnehmenden Einheiten nicht mehr zu den Kassenkrediten. Im Jahr 2019 betrug diese Summe 744 Millionen Euro (rd. 257 Euro pro Einwohner).

Fazit: Die Kennzahl **Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte** gibt trotz der o. g. Beeinträchtigung ein umfassenderes Bild über die Finanzsituation der Kommunen, als es die begrenzte Betrachtung der Kernhaushalte bzw. der einzelnen Kennzahlen Kassenkredite oder Schulden erlaubt. Diese Kennzahl ist detailliert in der Anlage 7 dargestellt und wird im Folgenden betrachtet:

Die kommunale Gesamtverschuldung je Einwohnerin und Einwohner ist in Schleswig-Holstein erfreulicherweise weiterhin vergleichsweise niedrig. So belief sich 2019 die kommunale Gesamtverschuldung in Schleswig-Holstein auf 1.648 € pro Einwohner. Die durchschnittliche kommunale Gesamtverschuldung aller Flächenländer lag dagegen bei 1.871 € pro Einwohnerin und Einwohner. Die sprunghafte Veränderung in Schleswig-Holstein entgegen dem Bundestrend im Übergang von 2018 zu 2019 ist im Wesentlichen auf die Eliminierung der oben dargestellte Beeinträchtigung durch statistische Kassenkredite zurückzuführen.

*Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich Extrahaushalte in €/ Einwohner(in)*



Die schleswig-holsteinischen Kommunen stehen damit auch 2019 hinsichtlich der Gesamtverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner insgesamt besser da als die Kommunen in

den Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen. (Anlage 7!)

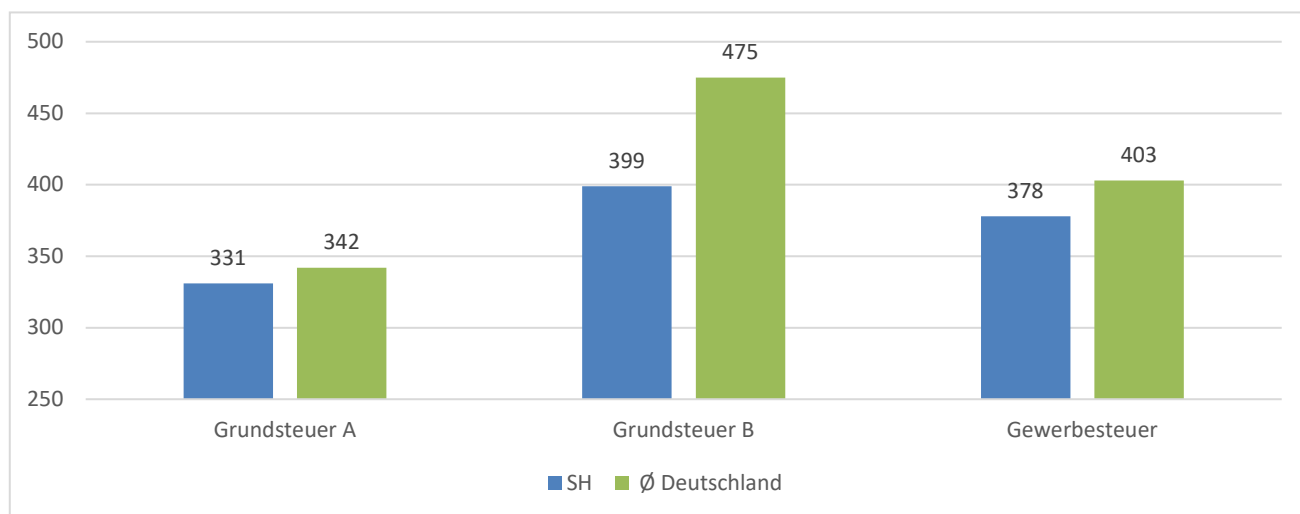
Die schleswig-holsteinischen Kommunen schnitten 2019 schlechter ab als die Kommunen in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen sowie in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Weitere wichtige Größen zur Beurteilung der Finanzlage von Kommunen stellen die Hebesätze der Kommunen für die Realsteuern dar. Der Realsteuervergleich ermöglicht auf Basis gewogener Durchschnittshebesätze einen Vergleich mit Kommunen anderer Länder. Diese Vergleiche sind Gradmesser für die Ausschöpfung von Gestaltungsmöglichkeiten bei den Realsteuerhebesätzen und zeigen mögliche Entlastungspotentiale für Kommunen auf.

Im **Realsteuervergleich 2019** der Anlage 10 zu diesem Bericht liegt nach wie vor der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Schleswig-Holstein in allen drei Steuerarten deutlich unter dem gewogenen Durchschnittshebesatz für Deutschland insgesamt.

Bei der Grundsteuer B haben zwei andere Bundesländer einen niedrigeren gewogenen durchschnittlichen Hebesatz als die schleswig-holsteinischen Kommunen. Bei der Gewerbesteuer haben vier Bundesländer einen niedrigeren gewogenen durchschnittlichen Hebesatz.

*Realsteuervergleich 2019*



Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein 2019 bei der Grundsteuer A einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen von 0,8 Millionen € ergeben. Bei der Grundsteuer B wären es 85,9 Millionen € und bei der Gewerbesteuer rd. 89,0 Millionen € gewesen.

Unabhängig von vorhandenen Haushaltskonsolidierungsmöglichkeiten bei den Aufwendungen sind also zusätzliche **Ertragspotentiale** für schleswig-holsteinische Kommunen grundsätzlich gegeben. Einige Kommunen haben dies erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Die aktuellen einzelnen Steuersätze der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner ergeben sich aus der Anlage 12 zu diesem Bericht.

Nach Auswertung der übrigen oben genannten Kennzahlen haben schleswig-holsteinische Kommunen 2019 im Vergleich aller Flächenländer des Weiteren

- **deutlich geringere** Kassenkredite pro Einwohner in den **Kernhaushalten**, (Anlage 4)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2019	128 €	461 €
2018	387 €	515 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung bei Kommunen in Schleswig-Holstein 2018 – siehe oben)

- **etwas höhere** Schulden pro Einwohner in den **Kernhaushalten**, (Anlage 5)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2019	1.267 €	1.076 €
2018	1.229 €	1.081 €

- eine **etwas geringere** Gesamtverschuldung pro Einwohner in den **Kernhaushalten**, (Anlage 6)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2019	1.395 €	1.537 €
2018	1.616 €	1.596 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung bei Kommunen in Schleswig-Holstein 2018 – siehe oben)

- ein **gestiegenes** Finanzvermögen pro Einwohner **einschließlich Extrahaushalte**, (Anlage 8)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2019	2.124 €	3.536 €
2018	1.837 €	3.251 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung wirkt sich auch hier bei Kommunen in Schleswig-Holstein im Jahr 2018 aus)

- eine **geringere** Bürgerschaftssumme pro Einwohner.  
(Anlage 9)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2019	106 €	337 €
2018	109 €	339 €

### 3. Bewertung der kommunalen Finanzsituation in Schleswig-Holstein anhand weiterer Kennzahlen

Die Entwicklung der Finanzsituation der Kommunen innerhalb Schleswig-Holsteins kann anhand weiterer **Kennzahlen** beurteilt werden. Hinsichtlich der Ermittlung der Kennzahlen und deren Validität gilt es jedoch zu **beachten**:

Bis 2006 galt für alle Kommunen mit der **Kameralistik** ein einheitliches Haushaltsrecht in Schleswig-Holstein. Seit 2007 ist es den Kommunen überlassen, alternativ ein **doppisches Rechnungswesen** anzuwenden (Wahlfreiheit)<sup>3</sup>. Mit dem System der doppelten Buchführung soll ein realitätsnaher Ressourcenverbrauch dargestellt werden.

Seit 2007 hat die Anzahl der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, kontinuierlich zugenommen. Aktuell haben über 75 % aller hauptamtlichen Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein ihr Haushaltsrecht auf die Doppik umgestellt, darunter alle Kreise und kreisfreien Städte sowie sämtliche kreisangehörigen Städte, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unterstehen.

Aufgrund der durch die Wahlfreiheit bestehenden unterschiedlichen Rechnungssysteme müssen die einzelnen Ebenen im Land erhebliche Kapazitäten und Doppelstrukturen vorhalten. Die unterschiedlichen Buchführungen führen zudem zu einer geringeren Transparenz und Vergleichbarkeit sowie zu Ungleichbehandlungen im Rahmen von Haushaltsgenehmigungsverfahren oder bei Gewährung von Zuweisungen. Daher hat das Land bis zum Haushaltsjahr 2024 eine vollständige Vereinheitlichung des Haushaltsrechts erreicht. Dazu hat der Schleswig-Holsteinische Landtag das Gesetz zur Harmonisierung der Haushaltswirtschaft der Kommunen (Kommunalhaushalte-Harmonisierungsgesetz) vom 23. Juni 2020 beschlossen.

Die **Umstellung auf die Doppik** verlief zunächst nicht überall völlig reibungslos. Dies hat zur Folge, dass bei einigen Kommunen partiell **aktuelle Jahresabschlüsse fehlen**. Der Aufholprozess ist mittlerweile erfreulicherweise sehr weit vorangeschritten. Von den 32 Kommunen,

---

<sup>3</sup> Neben Schleswig-Holstein haben lediglich die Kommunen in Bayern und Thüringen eine Wahlfreiheit. In allen übrigen Flächenländern ist ausschließlich ein doppisches Rechnungswesen anzuwenden.

die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unterstehen, liegen für das Jahr 2019 alle Jahresabschlüsse vor. Die Angaben in der Anlage 2 zu Jahresergebnissen und aufgelaufenen Defiziten insbesondere für 2020 beruhen bei der Mehrzahl der Kommunen noch auf **Sollzahlen** der Haushaltspläne. Diese Zahlen waren nach der bisherigen Erfahrung häufig deutlich pessimistischer als die späteren tatsächlichen Ergebnisse. Es ist daher anzunehmen, dass die in der Anlage 2 enthaltenen (Soll-) Zahlen sich noch deutlich verbessern. Dies gilt es bei der Interpretation der Angaben in der Anlage 2 zu berücksichtigen.

Der Aussagegehalt der **Kennzahlen** zum **Eigenkapital** (Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme) ist ebenfalls wegen der noch nicht vollständig vorliegenden Datenlage im Zusammenhang mit noch ausstehenden Jahresabschlüssen beeinträchtigt.

Dies bleibt von den Kommunalaufsichtsbehörden nicht unberücksichtigt. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung erwartet daher für die Haushaltsgenehmigungen der 32 betroffenen Kommunen, die seiner Aufsicht unterstehen, vorliegende Jahresabschlüsse bis einschließlich des vorvergangenen Jahres. Das Nichtvorliegen von Jahresabschlüssen für Vorjahre kann dazu führen, dass eine Genehmigung für genehmigungspflichtige Festsetzungen in der Haushaltssatzung von der Kommunalaufsichtsbehörde nicht erteilt werden kann.<sup>4</sup> Die betroffenen Kommunen bleiben auch in Zukunft aufgefordert, mit Nachdruck die noch ausstehenden Jahresabschlüsse zu erstellen.

Des Weiteren gilt es zu beachten, dass das (aufgelaufene) Defizit in **Doppik** und **Kameralistik** auf unterschiedlichen Größen beruht.

Bei dem weit überwiegenden Anteil der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft bereits auf die **Doppik** umgestellt haben, ergibt sich das **aufgelaufene Defizit** aus dem aufgelaufenen Defizit zum Ende des Jahres vor der Umstellung auf die Doppik zuzüglich der nach der Umstellung auf die Doppik erwirtschafteten Jahresfehlbeträge und abzüglich der erwirtschafteten Jahresüberschüsse in der **Ergebnisrechnung**. In der Ergebnisrechnung werden im Gegensatz zur Kameralistik **Erträge und Aufwendungen** abgebildet.

Ein **Defizit im kameralem Sinn** entsteht immer dann, wenn der so genannte **freie Finanzspielraum negativ** ist – also dann, wenn der **Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts** negativ ist. Die Defizite müssen spätestens im übernächsten Haushaltsjahr abgedeckt werden, auch wenn hierdurch wieder ein neues Defizit erwirtschaftet wird oder sich ein vorhandenes Defizit erhöht. Das aufgelaufene Defizit im kameralem Sinn besteht daher aus der Summe der negativen freien Finanzspielräume der beiden Vorjahre und gibt an, in welcher Höhe in den Vorjahren Defizite erwirtschaftet worden sind, die nicht durch Überschüsse ausgeglichen werden konnten.

Auf den Ausweis der Summen in der Anlage 2 wird für die Jahre 2010 bis 2019 aufgrund der vorgenannten Ausführungen teilweise verzichtet.

---

<sup>4</sup> Vgl. Ziff. 1.3.2 des Haushaltserlasses 2019 vom 27. September 2019, [www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de) → Themen & Aufgaben → Kommunales → Kommunale Finanzen → Finanzsituation der Kommunen, Haushaltserlass.

### 3.1 Aufgelaufene Defizite

Für die **aufgelaufenen Defizite** gibt es **keine amtliche Statistik**. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung hat hierzu eigene Erhebungen angestellt. Wenn auch die Daten zu den aufgelaufenen Defiziten aufgrund der vorgenannten Einschränkungen nur vorsichtig verwendet werden dürfen, so zeichnet sich doch die folgende Entwicklung ab:

Ab dem Jahr 2013 konnten **die Kreise ihre aufgelaufenen Defizite** von -188 Millionen € **deutlich reduzieren**. Nach einer leichten Abschwächung des Trends im Jahre 2016 konnten im Jahr 2017 alle elf Kreise positive Jahresergebnisse verzeichnen, so dass die aufgelaufenen Defizite fast vollständig abgebaut werden konnten. In diesem Zeitraum sind die Kreise der Finanzentwicklung der übrigen Kommunalgruppen bereits vorangeschritten. Auch in den Jahren 2018 und 2019 hat sich der positive Trend fortgesetzt. Mit Ausnahme eines Kreises konnten alle übrigen erneut positive Jahresergebnisse erwirtschaften und die aufgelaufenen Defizite weiter sehr gering halten. Diese positive Entwicklung wird sich voraussichtlich für das Jahr 2020 abschwächen, auch wenn noch zahlreiche Jahresabschlüsse ausstehen.

Bei den **kreisfreien Städten** ist ab 2015 erstmals seit 2008 ein Abbau der aufgelaufenen Defizite zu verzeichnen. Diese positive Entwicklung setzt sich auch in den Folgejahren fort. 2017 erzielten alle vier kreisfreien Städte und 2018 die drei Städte Kiel, Neumünster und Lübeck zum Teil beachtliche Jahresüberschüsse, so dass die aufgelaufenen Defizite deutlich abgebaut werden konnten. Für 2019 erreichten die Landeshauptstadt Kiel sowie die Stadt Neumünster positive Jahresergebnisse, während die Hansestadt Lübeck einen deutlichen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte. Es zeigte sich aber, dass die deutlich positiven Ergebnisse der beiden vorangegangenen Jahre in diesem Maße nicht mehr erwirtschaftet werden konnten. Für das Jahr 2020 wird von fast allen Städten wieder von steigenden Jahresüberschüssen ausgegangen, wobei die Jahresabschlüsse abzuwarten bleiben.

Für die **kreisangehörigen Städte**, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung unterstehen, steigt die Zahl der Städte mit einem negativen Jahresergebnis im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um die Anzahl drei an. Die Summe der aufgelaufenen Defizite konnte im Jahr 2018 wie auch 2019 reduziert werden, wobei die Anzahl der Städte mit einem negativen Jahresergebnis im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um eins abnahm. Die (Soll-)Zahlen für das Jahr 2020 lassen eine weitere Reduzierung der aufgelaufenen Defizite nicht vermuten. Hier bleibt die weitere Entwicklung bis zur Vorlage der endgültigen Zahlen abzuwarten.

Seit 2016 werden im Bericht auch Jahresergebnisse und aufgelaufene Defizite für Kommunen ausgewiesen, die nach § 12 FAG eine Fehlbetragszuweisung erhalten haben beziehungsweise bekommen werden (Anlage 2a und 2b). Diese werden jährlich aktualisiert. Bei diesen Kommunen ist kein Trend erkennbar. Zum Teil wurden noch hohe Jahresfehlbeträge erwirtschaftet bzw. sind geplant, die zu einer Erhöhung der aufgelaufenen Defizite führen, zum Teil weisen einige Kommunen deutliche Jahresüberschüsse aus. Hierbei ist zu beachten, dass zahlreiche Abschlüsse für das Jahr 2020 noch nicht vorliegen, so dass die tatsächliche Entwicklung abgewartet werden muss.

Bereits im Jahr 2015 reduzierte sich der Bestand an den in Vorjahren aufgelaufenen Defiziten bei den Kommunen in Schleswig-Holstein erstmals seit 2008 wieder. Im Jahr 2016 setzt sich dieser Trend fort. In den Jahren 2017 bis 2019 gelingt dann sogar ein signifikanter Abbau der hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein. Die Entwicklung setzt sich erfreulicherweise im Jahr 2020 nach den vorliegenden Soll-Zahlen fort.

### **3.2 Eigenkapital**

Das Eigenkapital einer Kommune besteht aus den Bilanzpositionen Allgemeine Rücklage, Sonderrücklage, Ergebnissrücklage, vorgetragener Jahresfehlbetrag und Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (§ 48 GemHVO-Doppik<sup>5</sup>). Die Entwicklung des Eigenkapitals zeigt, ob es der Kommune gelingt, ihr Nettovermögen zu erhöhen. Ziel der Kommune muss es sein, ihr Eigenkapital stetig zu erhöhen, da sowohl durch die Preissteigerung als auch durch erhöhte Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft an die öffentliche Infrastruktur ein stetig sich erhöhendes Anlagevermögen der Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Nur wenn das Eigenkapital ebenfalls entsprechend zunimmt, kann das Verhältnis der Finanzierung des Vermögens der Kommune durch Eigenkapital und Fremdkapital gewahrt werden. Die Entwicklung des Anteils des Eigenkapitals an der Bilanzsumme im Laufe der Jahre zeigt, ob dies der Kommune gelungen ist.

Die Eigenkapitalausstattung ist in Anlage 3 dargestellt. Sie beruht auf einer Auswertung von im Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung vorliegenden Jahresabschlüssen. Auch wenn aufgrund fehlender aktueller Jahresabschlüsse Angaben zur Eigenkapitalausstattung teilweise nicht gemacht werden können, wird deutlich, dass die Eigenkapitalausstattung der Kommunen sehr heterogen ist.

### **3.3 Pensionsrückstellungen**

Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Periodengerechtigkeit spielt auch die Entwicklung der Pensionsrückstellungen bei der Beurteilung der finanziellen Situation der Kommunen eine Rolle. Die Pensionsrückstellungen sind zwar heute noch nicht zahlungswirksam, gleichwohl stellen sie finanzielle Verpflichtungen dar. Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen beeinflussen die Jahresergebnisse.

Die Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen haben sich in den Jahren 2011 bis 2018 kontinuierlich erhöht, im Jahr 2019 sind diese abgefallen.<sup>6</sup>

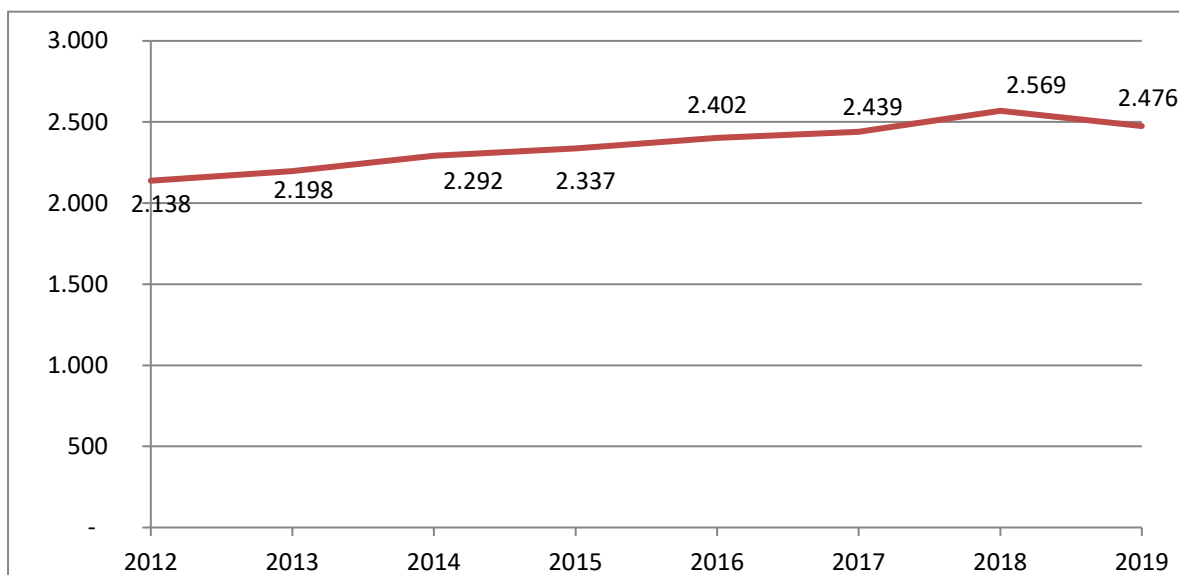
---

<sup>5</sup> Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden vom 14. August 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 433)

<sup>6</sup> Seit 2014 einschließlich kommunaler Zweckverbände



*Entwicklung der Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen von 2011-2019 in Millionen Euro*



### 3.4 Kreisumlagesätze

Die elf Kreise in Schleswig-Holstein sind umlagefinanzierte Gebietskörperschaften. Soweit die sonstigen Einnahmen oder Erträge und Einzahlungen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben (vgl. § 27 Absatz 1 FAG).<sup>7</sup> Die Kreisumlage ist somit ein wesentliches Finanzierungsinstrument der Kreise.

Die Entwicklung des gewogenen durchschnittlichen Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage ist in der Anlage 11 dargestellt.

In den vergangenen zehn Jahren ist dieser durchschnittliche Umlagesatz nach einem zwischenzeitlich erfolgten moderaten Anstieg wieder leicht zurückgegangen (35,13 % 2008;- 32,87 % 2021).

### 3.5 Umsetzungsquoten

Zur Beurteilung der Finanzsituation bedürfen auch die Investitionsplanungen und deren Umsetzungen einer gesonderten Betrachtung. Zur Analyse der Umsetzungsquoten hat das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung eigene Erhebungen angestellt und das Verhältnis vom fortgeschriebenen Planansatz zu den Ist-Auszahlungen aus den vorliegenden Jahresabschlüssen ermittelt. Dabei ist zu erkennen, dass von den 32 Kommunen, die der Aufsicht des Ministeriums unterstehen, lediglich 13 Kommunen eine Umsetzungsquote von über 50 % haben, nur vier Kommunen liegen bei über 70 %. Dies ist eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vorjahr, steht jedoch nicht mit dem § 10 GemHVO-Doppik in Einklang. Um die grundsätzliche Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Haushaltswahrheit zu erreichen, sind Umsetzungsquoten von mindestens 60 % einzuhalten. Für Kommunen, bei denen keine signifikanten Verbesserungen zu erkennen sein werden, können für

<sup>7</sup> Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 12. November 2020 (GVObI. Schl.-H. S. 808)

die Haushalte der folgenden Jahre - unabhängig von einer bestehenden Genehmigungspflicht – kommunalaufsichtliche Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

#### 4. Zusammenfassung

Aktuell sind alle staatlichen Ebenen stark von der Corona-Pandemie betroffen und dadurch mit erheblichen Belastungen konfrontiert. Sie stehen in der Bewältigung der Auswirkungen der Krise vor besonderen Herausforderungen. Von Bund und Land wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die unmittelbar oder mittelbar zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen führten und auch in Zukunft führen werden.

Die aktuelle **Steuerschätzung** von **Mai 2021** ist geprägt von einer erheblichen Erholung der Wirtschaftskraft in der 2. Jahreshälfte und damit einhergehenden steigenden Steuereinnahmen. Die aktuelle Steuerschätzung von Mai 2021 hat im Vergleich zur Schätzung vom November 2020 bundesweit zu einer kurzfristigen Abnahme der Einnahmeerwartungen bis 2023 geführt. Mittelfristig sind die Einnahmeerwartungen für die Jahre 2023 bis 2025 im Zeitverlauf deutlich steigend. Insgesamt wird das Steueraufkommen für das Jahr 2021 nach der diesjährigen Frühjahrsprojektion leicht unter den Schätzergebnissen von November 2020 liegen.

Die Steuerschätzerinnen und Steuerschätzer geben verglichen mit der Steuerschätzung vom November 2020 niedrigere Steuereinnahmen für die Jahre 2021 und 2022 an. Entsprechend wird für die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes eine deutliche Abnahmen für dieses Jahr prognostiziert. Gleichwohl wird für das nächste Jahr mit einem Anstieg der Wirtschaftskraft gerechnet. Für den mittelfristigen Prognostitionszeitraum wird gegenüber der November 2020 Schätzung mit deutlich ansteigenden Steuereinnahmen ausgegangen.

Dahingegen wird **für die Einnahmen der Kommunen** für den Zeitraum bis zum Jahr 2025 verglichen mit bisherigen Prognosen **ein deutlicher Anstieg prognostiziert**. In diesem Jahr werden mit um 246 Millionen Euro höhere kommunale Einnahmen gerechnet als noch im November 2020. Auch für den Zeitraum der Jahre 2022 bis 2025 steigen die kommunalen Steuereinnahmen, wie auch die Gesamteinnahmen deutlich im Zeitverlauf an. Die Gesamteinnahmen erreichen bereits 2022 ein bedeutend höheres Niveau als vor der Corona-Pandemie und steigen im Jahr 2025 auf 10.641,5 Millionen Euro an.

Des Weiteren verfügen schleswig-holsteinische Kommunen über weitere denkbare **Möglichkeiten**, ihre **Einnahmen** weiter zu steigern. Im **Realsteuervergleich 2019** liegt der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Schleswig-Holstein sowohl bei der Grundsteuer A und B wie auch bei der Gewerbesteuer traditionell deutlich unter den gewogenen durchschnittlichen Hebesätzen der Kommunen in den bundesdeutschen Flächenländern.

Hinsichtlich der **Gesamtverschuldung** pro Einwohner in den Kernhaushalten einschließlich der Extrahaushalte ist zu konstatieren, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den bundesdeutschen Flächenländern eine niedrigere Verschuldung aufweisen. In Schleswig-Holstein belief sich 2019 die kommunale Gesamtverschuldung durchschnittlich auf 1.648 € pro Einwohner, während der Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer mit 1.871 € pro Einwohner höher lag.

Die hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein können seit ca. drei Jahren sukzessive abgebaut werden. Insbesondere die Kreise konnten die aufgelaufenen Defizite in den Jahren 2017 und 2018 fast vollständig abbauen und auch 2019 hat sich die positive Entwicklung weiter fortgesetzt. Bei den kreisfreien Städten wurden in den Jahresabschlüssen 2019 zum Teil beachtliche Jahresüberschüsse ausgewiesen, so dass auch hier ein weiterer Abbau der Defizite erreicht werden konnte. Die Ergebnisse bei den kreisangehörigen Städten, die der Aufsicht des Ministeriums unterstehen, zeigen im Vergleich zum Vorjahr ein sehr gemischtes Bild. Die aufgelaufenen Defizite konnten 2019 deutlich reduziert werden. Für 2020 bleibt die weitere Entwicklung bis zur Vorlage der endgültigen Zahlen abzuwarten. Insgesamt ist ab dem Jahr 2017 ein signifikanter Abbau der hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

Auch die aktuelle Situation macht erneut deutlich, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht vernachlässigt werden sollte. Dem Abbau der aufgelaufenen Defizite muss im Interesse der nachfolgenden Generationen weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt werden. Spürbare Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung sind bei einer Reihe von Kommunen bereits zu verzeichnen. Insbesondere soll vor dem Hintergrund der Haushaltswahrheit auch die Umsetzungsquote bei der Haushaltsplanung berücksichtigt werden.

Da die erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie derzeit weiterhin nicht gewiss ist, aber ein positiver Trend der Lage und Intensität der Beschränkungen zu verzeichnen ist, lässt sich das Ausmaß der jeweiligen Betroffenheit der staatlichen Ebenen noch nicht abschließend benennen. Gleichwohl sind die Erwartungen für die nähere Zukunft positiver als noch vor einigen Monaten. Die weitere Entwicklung der Finanzsituation der Kommunen hängt neben den Auswirkungen der zahlreichen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Bekämpfung der Pandemie insbesondere von dem weiteren verantwortungsbewussten Handeln der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger vor Ort ab.

## 5. Anlagenverzeichnis

- 1 Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern
- 2 Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Millionen €
- 2a Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Millionen € für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden in der Zuständigkeit des Landes
- 2b Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Millionen € für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden in der Zuständigkeit der Kreise
- 3 Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme
- 4 Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 5 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 6 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 7 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 8 Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 9 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleitungen der Gemeinden und Gemeindeverbände
- 10 Realsteuervergleich 2019
- 11 Entwicklung der Umlagesätze für die Kreisumlage
- 12 Steuersätze der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner und Konsolidierungskommunen

**Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (in Mio. €)**

Jahr	Verbund- quote 7	Festgesetzte Finanzaus- gleichsmasse 2	darin Abrechnung			Veränd. Sp. 2 + / - Vorjahr 4	Gemeindeant. Einkommenst. 5	Umsatzst. §32 FAG ehem. Fam.Istg.ausgl. 6	Summe Sp. 5 + 6 7	Veränd. Sp. 7 + / - Vorjahr 8	Gemeindeant. Umsatzsteuer 9	Veränd. Sp. 9 + / - Vorjahr 10	
			Gesamt	"normal"	Aufteilung								
2015	17,83	1.526,6	(+62,3)	M	(+58,8)	(+3,5)	+115,3	1.126,0	102,5	1.228,5	+74,3	121,1	+15,3
2016	17,83	1.505,6	(-39,4)	N	(-39,4)	0	-21,0	1.163,8	107,5	1.271,3	+42,8	126,1	+5,0
2017	17,83	1.787,9	(+151,8)	O	(+61,8)	(+90,0)	+282,3	1.256,7	112,0	1.368,7	+97,4	155,4	+29,3
2018	17,83	1.794,3	(+37,3)	P	(+19,5)	(+17,8)	+6,4	1.325,8	114,2	1.440,0	+71,3	196,8	+41,4
2019	17,83	1.859,8	(+10,0)	Q	0	0	+65,5	1.371,1	124,4	1.495,5	+55,5	218,6	+21,8
2020	17,83	1.792,6	(+20,0)	R	0	0	-67,2	1.406,5	137,2	1.543,7	+48,2	244,1	+25,5
2021	18,18	1.897,4	0	S	0	0	+104,8	1.337,0	133,4	1.470,4	-73,3	233,0	-11,1
2022	18,23	1.963,6	(+13,9)	S	0	(+6,95)	+66,2	1.392,0	155,4	1.547,4	+77,0	210,0	-23,0
2023	18,28	2.045,8	(+13,9)	S	0	(+6,95)	+82,2	1.476,0	148,2	1.624,2	+76,8	215,0	+5,0
2024	18,33	2.128,5	(+13,9)	S	0	(+6,95)	+82,7	1.571,0	151,8	1.722,8	+98,6	219,0	+4,0
2025	18,33	2.206,2	(+13,9)	S	0	(+6,95)	+77,7	1.660,0	155,2	1.815,2	+92,4	223,0	+4,0

Jahr	Summe Sp. 2 + 7 + 9 11	Veränd. Sp. 11 + / - Vorjahr 12	Grundsteuer		Gewerbesteuer netto 15	sonstige Gemeindest. 16	Summe Sp. 13 - 16 17	Veränd. Sp. 17 + / - Vorjahr 18	Gesamtsumme Sp. 11 + 17 19	Veränd. Sp. 19 + / - Vorjahr 20
			A 13	B 14						
2015	2.876,2	+204,9	22,0	403,5	1.017,3	78,3	1.521,1	+137,0	4.397,3	+341,9
2016	2.903,0	+26,8	22,0	414,3	1.124,1	84,8	1.645,2	+124,1	4.548,2	+150,9
2017	3.312,0	+409,0	22,7	431,0	1.254,6	90,6	1.798,9	+153,7	5.110,9	+562,7
2018	3.431,1	+119,1	22,7	437,1	1.303,9	95,1	1.858,8	+59,9	5.289,9	+179,0
2019	3.573,9	+142,8	23,1	451,4	1.344,9	92,9	1.912,3	+53,5	5.486,2	+196,3
2020	3.580,4	+6,5	23,1	459,4	1.442,0	55,9	1.980,4	+68,1	5.560,8	+74,6
2021	3.600,8	+20,4	23,0	464,0	1.688,0	52,0	2.227,0	+246,6	5.827,8	+267,0
2022	3.721,0	+120,2	23,0	468,0	1.759,0	70,0	2.320,0	+93,0	6.041,0	+213,2
2023	3.885,0	+164,0	22,0	472,0	1.908,0	71,0	2.473,0	+153,0	6.358,0	+317,0
2024	4.070,3	+185,3	22,0	476,0	2.043,0	72,0	2.613,0	+140,0	6.683,3	+325,3
2025	4.244,4	+174,1	22,0	480,0	2.135,0	73,0	2.710,0	+97,0	6.954,4	+271,1

1 : Grundsätzlich nach Haushaltsansätzen im Landeshaushaltsplan, **ab 2021 Steuerschätzung vom Mai 2021**

2 : 2001 bis 2020 Ergebnisse nach Gemeindefinanzreformgesetz, **ab 2021 Steuerschätzung vom Mai 2021**

3 : 2001 bis 2020 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik bzw. Kassenstatistik, **ab 2021 Steuerschätzung vom Mai 2021**

4 : 2001 bis 2020 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik bzw. Kassenstatistik, ab 2021 Steuerschätzung vom Mai 2021

17 : 2015 bis 2020 erfolgen die Angaben zur Verbundquote und zur festgesetzten Finanzausgleichsmasse auf der Grundlage des Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (einschl. der Aufstockung um jährl. 11,5 Mio. € für Infrastrukturlasten und 15,0 Mio. € für Konsolidierungshilfen).

18 : Die Effekte aus dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sind in dem Betrag für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer enthalten.

19 : Aufstockung der Finanzausgleichsmasse bis 2020 (in summierten Jahresbeträgen)

a) zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen (2017 +10,0 Mio. €, 2018 +15,0 Mio. €, 2019 +20 Mio. €, 2020 +20 Mio. €),

b) zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen (2016 +0,2 Mio. €, 2017 +0,3 Mio. €, 2018 +0,3 Mio. €, 2019 +0,8 Mio. €, 2020 +0,8 Mio. €).

20 : Für das Jahr 2020 gab es eine Anschlussregelung für die Zuweisungen nach § 25 FAG.

21 : Ab 2021 werden die bedarfsunabhängigen Zuweisungen von bestimmten Umsatzsteuereinnahmen des Landes an die Gemeinden nach § 32 FAG ausgewiesen.

M : 3. Abrechnungstranche Glättung KFA 2012 und KFA 2013 (+25,7 Mio. €) und darüber hinausgehende Abrechnung KFA 2013 (+36,6 Mio. €)

N : Abrechnung KFA 2014 (-39,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2013 (-0,4 Mio. €)

O : Abrechnung KFA 2015 (+62,1 Mio. €) und 1. Abrechnungstranche KFA 2016 + 2017 (je +45,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2011 (-0,5 Mio. €), FLA 2014 (+0,2 Mio. €)

P : endgültige Abrechnungstranchen KFA 2016 (+47,0 Mio. €) und KFA 2017 (+17,8 Mio. €) sowie Abrechnung Bundesentlastung Asyl 2016 (-27,5 Mio. €)

Q : Abrechnung aufgelaufener Reste früherer Jahre (+6,5 Mio. €) und vorgezogene Abrechnung KFA 2018 (+3,5 Mio. €).

R : Abrechnung aufgelaufener Reste früherer Jahre und vorgezogene Abrechnung KFA 2019 (+22,0 Mio. €).

S : § 3 Abs. 6 FAG sieht eine umfassende Regelung des negativen Abrechnungsbetrages aus dem kommunalen Finanzausgleich des Jahres 2020 vor. Land und Kommunen finanzieren diesen u.a. in den Jahren 2022 bis 2031 gemeinsam jeweils hälftig.



## Anlage 2, Seite 2

<sup>1</sup> Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. dem Fehlbedarf; die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppelischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppelischen Ergebnisse in den Folgejahren.

<sup>2</sup> Der Ausweis der Summen erfolgt nicht, da wegen der Vermischung von freien Finanzspielräumen (kameral Haushaltswirtschaft) und Jahresergebnissen (doppelische Haushaltswirtschaft) eine Addition nicht zu sachgerechten Ergebnissen führt.

<sup>3</sup> Der Ausweis der Summen erfolgt nicht, da noch nicht ausreichend Jahresabschlüsse vorliegen.

**Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite in T€  
für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden\* in der Zuständigkeit des Landes (ab 80.000 € anerkannter Fehlbetrag)**

	2015		2016		2017		2018		2019		2020												
	aufgelaufen		Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen											
<b>Kreis Dithmarschen</b>																							
Gemeinde Büsum	D	-12.210,9	I	D	1.785,0	I	-10.425,9	D	1.639,8	I	-8.786,1	D	4.302,0	I	-4.484,1	D	-38,5	I	-4.522,5	D	-779,8	S	-5.302,3
<b>Kreis Herzogtum Lauenburg</b>																							
Stadt Lauenburg/Elbe	D	-5.326,6	I	D	3.480,3	I	-1.846,3	D	-216,2	I	-2.062,5	D	-310,8	I	-2.373,3	D	-493,0	I	-2.866,4	D	1.218,8	I	-1.647,6
Gemeinde Müssen	K	0,0	I	K	0,0	I	0,0	K	-117,2	I	-117,2	K	-191,7	I	-308,9	K	-259,4	I	-259,4	K	17,7	I	-241,7
Stadt Schwarzenbek	D	-3.673,0	I	D	3.246,0	I	-427,0	D	5.067,3	I	0,0	D	511,0	I	0,0	D	-494,1	I	-494,1	D	-3.740,5	S	-4.234,6
<b>Kreis Nordfriesland</b>																							
Gemeinde Breklum	D	-483,2	I	D	109,2	I	-374,0	D	97,5	I	-276,5	D	99,2	I	-177,3	D	68,7	I	-108,5	D	-298,5	S	-407,0
Stadt Friedrichstadt	D	-3.470,2	I	D	671,1	I	-2.799,1	D	-332,5	I	-3.131,6	D	-438,9	I	-3.570,5	D	2.662,5	I	-907,9	D	385,2	I	-522,7
Gemeinde Garding	D	-814,5	I	D	-680,6	I	-1.495,1	D	-103,4	I	-1.598,5	D	-997,8	I	-2.596,3	D	-1.107,8	S	-3.704,1	D	-1.309,6	S	-5.013,7
Gemeinde Hattstedt	D	-993,4	I	D	-39,0	I	-1.032,4	D	-82,3	I	-1.114,8	D	154,2	I	-960,5	D	537,1	I	-423,5	D	15,2	I	-408,3
Gemeinde Kirchspiel Garding	D	-51,9	I	D	-52,0	I	-103,9	D	-8,0	I	-111,9	D	56,2	I	-55,7	D	-143,8	S	-199,5	D	-159,3	S	-358,8
Gemeinde Leck	D	-367,2	I	D	-985,8	I	-1.353,0	D	1.318,6	I	-34,4	D	-341,2	I	-375,6	D	-315,8	I	-691,5	D	756,5	I	0,0
Gemeinde Nordstrand	D	-2.598,8	I	D	-8,6	I	-2.607,4	D	-378,3	I	-2.985,7	D	-31,2	I	-3.016,9	D	2.735,3	I	-281,6	D	-604,5	I	-886,0
Gemeinde Oldenswort	D	-836,0	I	D	-417,3	I	-1.253,3	D	-475,4	I	-1.728,6	D	-319,8	I	-2.048,5	D	-905,0	I	-2.953,5	D	-1.491,3	S	-4.444,8
Gemeinde Rantrum	D	0,0	I	D	469,7	I	0,0	D	334,2	I	0,0	D	13,9	I	0,0	D	-389,1	I	-389,1	D	-157,1	S	-546,2
Gemeinde Schwabstedt	D	-841,6	I	D	-352,1	I	-1.193,7	D	-15,6	I	-1.209,3	D	129,9	I	-1.079,4	D	794,5	I	-284,9	D	-625,3	I	-910,2
Gemeinde Tating	D	-36,8	I	D	-176,2	I	-213,1	D	-26,9	I	-240,0	D	-19,4	I	-259,3	D	-375,2	S	-634,5	D	-536,5	S	-1.171,0
Gemeinde Tinningstedt	D		I	D		I		D		I		D	39,2	I	0,0	D	-161,0	I	-161,0	D	-64,9	S	-225,9
Stadt Tönning	D	-11.637,3	I	D	-331,1	I	-11.968,4	D	2.827,6	I	-9.140,8	D	-509,3	I	-9.650,1	D	-2.592,0	S	-12.242,1	D	-2.445,8	S	-14.687,9
Gemeinde Uthusum	D	-75,6	I	D	-243,2	I	-318,8	D	100,6	I	-218,2	D	31,4	I	-186,8	D	-89,9	I	-276,8	D	-42,1	S	-318,9
<b>Kreis Ostholstein</b>																							
Gemeinde Altenkrempe	D	-339,2	I	D	-157,2	I	-496,4	D	61,7	I	-434,7	D	245,4	I	-189,3	D	-368,7	S	-558,0	D	-507,2	S	-1.065,2
Stadt Eutin	D	-1.739,2	I	D	-1.558,7	I	-3.297,9	D	739,9	I	-2.558,0	D	3.269,7	I	0,0	D	-1.216,9	S	-1.216,9	D	-5.169,3	S	-6.386,2
Gemeinde Kasseedorf	D	-1.036,3	I	D	-350,0	I	-1.386,3	D	-263,4	I	-1.649,7	D	-11,0	I	-1.660,8	D	-737,9	S	-2.398,7	D	-685,2	S	-3.083,9
Gemeinde Süsel	D	0,0	I	D	136,7	I	0,0	D	213,2	I	0,0	D	1.350,2	I	0,0	D	-282,4	I	-282,4	D	-97,7	S	-380,1
<b>Kreis Pinneberg</b>																							
Gemeinde Halstenbek	D	-722,2	I	D	-401,1	I	-1.123,3	D	-981,2	I	-2.104,5	D	1.186,7	I	-917,8	D	-1.243,1	S	-2.160,9	D	-6.782,0	S	-8.942,9
Stadt Tornesch	D	-2.245,9	I	D	1.078,2	I	-1.167,7	D	-4.390,7	I	-5.558,4	D	-3.166,4	I	-8.724,8	D	-2.566,9	I	-11.291,7	D	-2.658,0	S	-13.949,7
<b>Kreis Plön</b>																							
Gemeinde Bendfeld	K	-21,5	I	K	-55,1	I	-55,1	K	-25,9	I	-25,9	K	-21,9	I	-21,9	K	-141,1	I	-141,1	K	-21,7	I	-21,7
Gemeinde Heikendorf	D	-545,1	I	D	681,6	I	0,0	D	-286,1	I	-286,1	D	-384,9	I	-671,0	D	-244,0	I	-914,9	D	955,8	I	0,0
Gemeinde Mönkeberg	D	-627,2	I	D	-425,9	I	-1.053,1	D	-83,6	I	-1.136,6	D	-466,9	I	-1.603,6	D	1.166,4	I	-437,2	D	154,6	I	-282,6
Stadt Plön	D	-2.467,3	I	D	-618,6	I	-3.085,9	D	541,5	I	-2.544,4	D	-447,1	I	-2.991,5	D	-1.962,0	S	-4.953,5	D	-1.770,0	S	-6.723,5
<b>Kreis Rendsburg-Eckernförde</b>																							
--																							
<b>Kreis Schleswig-Flensburg</b>																							
Stadt Glücksburg (Ostsee)	D	-2.864,9	I	D	314,9	I	-2.550,0	D	1.587,3	I	-962,7	D	906,6	I	-56,0	D	-268,9	I	-324,9	D	-1.964,0	S	-2.288,9
<b>Kreis Segeberg</b>																							
Stadt Wahlstedt	D	-4.132,1	I	D	942,2	I	-3.189,9	D	2.537,5	I	-652,4	D	1.118,8	I	0,0	D	-1.074,6	I	-1.074,6	D	8.364,3	I	0,0
<b>Kreis Steinburg</b>																							
Gemeinde Breitenburg	D	-80,2	I	D	-88,1	I	-168,3	D	-26,8	I	-195,1	D	-849,7	I	-1.044,8	D	4,1	I	-1.040,7	D	-300,9	S	-1.341,6
Gemeinde Lägerdorf	D	-2.174,9	I	D	424,6	I	-1.750,3	D	-121,3	I	-1.871,6	D	-41,1	I	-1.912,7	D	1.427,0	I	-485,7	D	188,8	I	-296,9
Stadt Wilster	D	-3.596,9	I	D	856,0	I	-2.740,9	D	121,4	I	-2.619,6	D	407,9	I	-2.211,6	D	1.520,1	I	-691,5	D	-1.021,9	S	-1.713,4
<b>Kreis Stormarn</b>																							
Gemeinde Hammoor	K	0,0	I	K	51,7	I	0,0	K	54,9	I	0,0	K	11,5	I	11,5	K	-290,8	I	-290,8	K	-329,8	I	-329,8

I: Ist-Zahlen  
S: Soll-Zahlen  
D: Doppischer Haushalt  
K: Kameraler Haushalt

Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. dem Fehlbetrag; die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppischen Ergebnisse in den Folgejahren.

\* Kreisangehörige Gemeinden, die nach § 17 FAG (§ 12 a. F.) eine Fehlbetragszuweisung für 2019 erhalten bzw. gegebenenfalls erhalten werden (bei fehlendem Jahresabschluss 2019).



**Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite in T€  
für kreisangehörige Fehlbetragsgemeinden\* in der Zuständigkeit der Kreise (bis 80.000 € anerkannter Fehlbetrag)**

Stand: 28.05.2021

	2015		2016		2017		2018		2019									
	aufgelaufen		Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen	Rechnung	aufgelaufen								
<b>Kreis Dithmarschen</b>																		
Offenbüttel	0,0	I D	41,3	I	0,0	D	-34,6	I	-34,6	D	64,8	I	0,0	D	33,3	I	0,0	D
Osterrade	0,0	I D	162,5	I	0,0	D	105,4	I	0,0	D	41,1	I	0,0	D	29,6	I	0,0	D
Sarzbüttel	0,0	I D	-1,0	I	-1,0	D	42,1	I	0,0	D	73,2	I	0,0	D	75,4	I	0,0	D
Schrum	-17,5	I D	-9,8	I	-27,3	D	13,4	I	-14,0	D	36,0	I	0,0	D	16,1	I	0,0	D
Windbergen	0,0	I D	-117,5	I	-117,5	D	9,3	I	-108,3	D	42,9	I	-65,3	D	-71,3	I	-136,7	D
Arkebek	0,0	I D	-92,8	I	-92,8	D	26,8	I	-66,1	D	71,0	I	0,0	D	-32,1	I	-32,1	D
Busenwurth	0,0	I D	0,0	I	0,0	D	56,0	I	0,0	D	67,3	I	0,0	D	-203,1	I	-203,1	D
Nordhastedt	-19,7	I D	-87,0	I	-106,7	D	-149,5	I	-256,2	D	341,0	I	0,0	D	360,0	I	0,0	D
<b>Kreis Herzogtum Lauenburg</b>																		
--																		
<b>Kreis Nordfriesland</b>																		
Bargum	0,0	I D	-46,7	I	-46,7	D	-60,5	I	-107,2	D	72,1	I	-35,1	D	-21,6	I	-56,7	D
Hude	0,0	I D		I	0,0	D		I	0,0	D		I	0,0	D	-45,7	I	-45,7	D
Katharinenheerd	0,0	I D		I	0,0	D		I	0,0	D		I	0,0	D	-41,7	I	-41,7	D
Osterhever	-27,6	I D	-21,4	I	-49,0	D	26,9	I	-22,1	D	7,5	I	-14,6	D	8,1	I	-6,5	D
Süderhöft	0,0	I D	0,2	I	0,0	D	-2,1	I	-2,1	D	-3,7	I	-5,8	D	-21,6	I	-27,4	D
Wisch	0,0	I D		I	0,0	D		I	0,0	D		I	0,0	D	-11,8	I	-11,8	D
<b>Kreis Ostholstein</b>																		
--																		
<b>Kreis Pinneberg</b>																		
--																		
<b>Kreis Plön</b>																		
Dersau	-38,7	I K	0,0	I	0,0	K	0,0	I	0,0	K	-105,5	I	-105,5	K	-52,1	I	-52,1	K
Lutterbek	-16,5	I K	-67,2	I	-67,2	K	-14,3	I	-14,3	K	-45,5	I	-45,5	K	-27,8	I	-27,8	K
<b>Kreis Rendsburg-Eckernförde</b>																		
--																		
<b>Kreis Schleswig-Flensburg</b>																		
Süderhackstedt	-80,9	I K	-37,0	I	-37,0	K	0,0	I	0,0	K	-69,3	I	-69,3	K	-67,0	I	-67,0	K
<b>Kreis Segeberg</b>																		
--																		
<b>Kreis Steinburg</b>																		
Kudensee	-98,2	I D	7,4	I	-90,8	D	14,3	I	-76,5	D	-20,1	I	-96,6	D	-14,0	I	-110,6	D
<b>Kreis Stormarn</b>																		
--																		

I: Ist-Zahlen  
S: Soll-Zahlen  
D: Doppischer Haushalt  
K: Kameraler Haushalt

Negative freie Finanzspielräume entsprechen den Fehlbeträgen bzw. dem Fehlbedarf; die aufgelaufenen Defizite entsprechen bei den doppischen Haushalten den kameral aufgelaufenen Defiziten unter Berücksichtigung der doppischen Ergebnisse in den Folgejahren.

\* Kreisangehörige Gemeinden, die nach § 17 FAG (§ 12 a. F.) eine Fehlbetragszuweisung für 2019 erhalten haben bzw. gegebenenfalls erhalten werden (bei fehlendem



**Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und  
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2011 bis 2019**

	2011		2012		2013		2014		2015	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	223	21	181	17	179	17	197	18	210	19
Bayern	383	31	262	21	244	19	270	21	199	16
Brandenburg	803	321	780	318	801	327	778	317	752	305
Hessen	6.415	1.057	7.513	1.252	6.623	1.099	6.401	1.055	6.522	1.066
Mecklenburg-Vorpommern	552	337	636	397	669	419	726	455	750	469
Niedersachsen	4.981	629	4.585	589	3.803	488	3.351	429	2.907	370
Nordrhein-Westfalen	22.141	1.241	23.708	1.351	25.302	1.442	26.395	1.500	26.369	1.491
Rheinland-Pfalz	5.775	1.444	6.129	1.536	6.834	1.713	7.136	1.784	7.443	1.851
Saarland	1.801	1.773	1.890	1.898	1.969	1.985	2.005	2.026	2.094	2.117
Sachsen	52	13	94	23	100	25	95	23	96	24
Sachsen-Anhalt	992	426	1.085	479	1.113	495	1.395	623	1.429	641
Schleswig-Holstein	774	273	916	327	760	271	787	279	700	246
Thüringen	146	65	168	77	210	97	212	98	180	84
<b>Flächenländer</b>	<b>45.038</b>	<b>594</b>	<b>47.947</b>	<b>642</b>	<b>48.607</b>	<b>650</b>	<b>49.748</b>	<b>663</b>	<b>49.651</b>	<b>657</b>

	2016 <sup>1</sup>		2017		2018		2019	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	225	21	214	19	259	23	265	24
Bayern	188	15	180	14	182	14	293	22
Brandenburg	787	317	801	321	724	289	511	203
Hessen	6.257	1.013	5.709	917	544	87	365	58
Mecklenburg-Vorpommern	666	413	988	613	904	562	503	313
Niedersachsen	2.339	295	2.034	255	1.916	240	1.480	185
Nordrhein-Westfalen	26.510	1.484	24.056	1.344	23.063	1.287	21.756	1.213
Rheinland-Pfalz	7.578	1.870	7.381	1.813	7.301	1.790	6.460	1.580
Saarland	2.180	2.190	2.061	2.070	1.941	1.956	1.920	1.943
Sachsen	122	30	122	30	93	23	76	19
Sachsen-Anhalt	1.471	655	1.385	621	1.379	623	1.321	600
Schleswig-Holstein	1.175	411	1.200	416	1.121	387	372	128
Thüringen	159	73	123	57	89	41	89	42
<b>Flächenländer</b>	<b>49.657</b>	<b>652</b>	<b>46.254</b>	<b>604</b>	<b>39.516</b>	<b>515</b>	<b>35.411</b>	<b>461</b>

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1  
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

Stand jeweils zum 30.06. Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011  
<sup>1</sup>Stand: 31.12.2015  
Stand: 05.10.2020

**Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und  
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2011 bis 2019**

	2011		2012		2013		2014		2015	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.483	603	6.406	608	6.185	584	5.896	552	5.949	552
Bayern	13.738	1.095	13.394	1.074	12.722	1.014	12.570	995	12.255	962
Brandenburg	1.425	570	1.332	544	1.262	516	1.193	487	1.125	456
Hessen	10.631	1.752	11.308	1.884	11.526	1.913	11.767	1.940	11.698	1.913
Mecklenburg-Vorpommern	1.889	1.153	1.818	1.134	1.762	1.103	1.660	1.039	1.607	1.004
Niedersachsen	7.936	1.003	8.426	1.082	8.564	1.099	8.814	1.128	9.043	1.150
Nordrhein-Westfalen	22.667	1.271	22.686	1.293	22.266	1.269	22.354	1.271	22.390	1.266
Rheinland-Pfalz	5.398	1.350	5.514	1.382	5.645	1.415	5.755	1.438	5.774	1.436
Saarland	1.084	1.067	1.166	1.171	1.212	1.222	1.327	1.341	1.350	1.365
Sachsen	3.246	783	3.152	779	3.053	755	2.881	712	2.799	690
Sachsen-Anhalt	2.450	1.052	2.258	996	2.042	908	1.864	833	1.702	763
Schleswig-Holstein	2.913	1.027	2.939	1.048	3.154	1.123	3.261	1.156	3.405	1.199
Thüringen	2.167	971	2.104	967	2.029	938	1.897	880	1.804	837
<b>Flächenländer</b>	<b>82.027</b>	<b>1.082</b>	<b>82.503</b>	<b>1.105</b>	<b>81.422</b>	<b>1.089</b>	<b>81.239</b>	<b>1.082</b>	<b>80.901</b>	<b>1.071</b>

	2016 <sup>1</sup>		2017		2018		2019	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.142	565	5.944	541	5.797	525	5.743	518
Bayern	12.018	936	11.726	904	11.256	863	11.026	842
Brandenburg	1.067	429	1.019	408	959	383	926	368
Hessen	11.663	1.888	11.654	1.871	12.332	1.973	12.575	2.004
Mecklenburg-Vorpommern	1.525	946	1.472	914	1.411	877	1.342	834
Niedersachsen	9.508	1.200	9.863	1.239	10.965	1.374	10.898	1.364
Nordrhein-Westfalen	23.310	1.305	23.088	1.290	23.043	1.286	23.960	1.336
Rheinland-Pfalz	5.955	1.469	5.944	1.460	6.983	1.712	6.211	1.519
Saarland	1.385	1.391	1.462	1.469	1.477	1.489	1.476	1.494
Sachsen	2.681	656	2.507	615	2.329	571	2.163	531
Sachsen-Anhalt	1.578	703	1.477	662	1.382	624	1.337	608
Schleswig-Holstein	3.524	1.233	3.515	1.218	3.555	1.229	3.673	1.267
Thüringen	1.757	809	1.616	750	1.495	697	1.429	669
<b>Flächenländer</b>	<b>82.112</b>	<b>1.078</b>	<b>81.287</b>	<b>1.062</b>	<b>82.983</b>	<b>1.081</b>	<b>82.759</b>	<b>1.076</b>

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1  
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres  
Stand jeweils zum 30.06. Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsforschung auf Grundlage des Zensus 2011

<sup>1</sup>Stand: 31.12.2015

Stand: 05.10.2020

Achtung 2017 Wiedereingliederung Eigenbetrieb Immobilienverwaltung Kreis Segeberg!!!

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbänden der Flächenländer - 2011 bis 2019**

	2011 <sup>1</sup>		2012		2013		2014		2015	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.706	624	6.587	625	6.364	601	6.093	571	6.159	571
Bayern	14.121	1.126	13.656	1.095	12.966	1.033	12.840	1.016	12.454	977
Brandenburg	2.228	891	2.112	862	2.063	843	1.971	804	1.877	762
Hessen	17.046	2.809	18.821	3.135	18.149	3.012	18.168	2.996	18.220	2.979
Mecklenburg-Vorpommern	2.441	1.489	2.454	1.531	2.431	1.522	2.386	1.494	2.357	1.473
Niedersachsen	12.917	1.632	13.011	1.671	12.367	1.588	12.165	1.557	11.950	1.520
Nordrhein-Westfalen	44.808	2.512	46.394	2.645	47.568	2.711	48.749	2.771	48.759	2.757
Rheinland-Pfalz	11.173	2.793	11.643	2.919	12.479	3.129	12.891	3.222	13.217	3.287
Saarland	2.885	2.840	3.056	3.069	3.181	3.207	3.332	3.368	3.444	3.481
Sachsen	3.298	796	3.246	802	3.153	780	2.976	736	2.895	714
Sachsen-Anhalt	3.442	1.478	3.343	1.475	3.155	1.403	3.259	1.456	3.131	1.403
Schleswig-Holstein	3.687	1.299	3.855	1.375	3.914	1.394	4.048	1.435	4.105	1.445
Thüringen	2.313	1.037	2.272	1.045	2.239	1.035	2.109	978	1.984	921
<b>Flächenländer</b>	<b>127.065</b>	<b>1.676</b>	<b>130.450</b>	<b>1.747</b>	<b>130.028</b>	<b>1.738</b>	<b>130.987</b>	<b>1.745</b>	<b>130.552</b>	<b>1.728</b>

	2016 <sup>1</sup>		2017		2018		2019	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.367	585	6.158	560	6.056	548	6.008	542
Bayern	12.206	950	11.906	918	11.438	877	11.319	864
Brandenburg	1.854	746	1.820	729	1.683	671	1.437	571
Hessen	17.920	2.901	17.363	2.787	12.876	2.060	12.940	2.062
Mecklenburg-Vorpommern	2.191	1.359	2.460	1.527	2.315	1.438	1.845	1.147
Niedersachsen	11.847	1.495	11.897	1.494	12.881	1.614	12.378	1.549
Nordrhein-Westfalen	49.820	2.789	47.144	2.635	46.106	2.574	45.716	2.550
Rheinland-Pfalz	13.533	3.339	13.325	3.274	14.284	3.503	12.671	3.098
Saarland	3.565	3.581	3.523	3.539	3.418	3.445	3.396	3.436
Sachsen	2.803	686	2.629	645	2.422	594	2.239	550
Sachsen-Anhalt	3.049	1.358	2.862	1.284	2.761	1.247	2.658	1.208
Schleswig-Holstein	4.699	2.165	4.715	1.633	4.676	1.616	4.045	1.395
Thüringen	1.916	26	1.739	808	1.584	738	1.515	709
<b>Flächenländer</b>	<b>131.771</b>	<b>1.729</b>	<b>127.541</b>	<b>1.666</b>	<b>122.498</b>	<b>1.596</b>	<b>118.167</b>	<b>1.537</b>

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

Stand jeweils zum 30.06. Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsforschung auf Grundlage des Zensus 2011

<sup>1</sup>Stand: 31.12.2015

Stand: 05.10.2020

Achtung 2017 Wiedereingliederung Eigenbetrieb Immobilienverwaltung Kreis Segeberg!!!

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und  
Gemeindeverbände einschl. Extrahaushalte der Flächenländer - 2010 bis 2018**

	2010		2011		2012		2013 <sup>1</sup>		2014		2015		2016 <sup>1</sup>		2017		2018		2019	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	7.580	705	7.647	711	7.615	722	7.383	697	7.646	716	10.520	976	10.649	979	10.276	935	10.639	963	10.709	966
Bayern	15.503	1.238	15.184	1.211	14.811	1.187	14.341	1.143	14.378	1.138	14.664	1.151	14.228	1.108	13.787	1.062	13.367	1.025	13.217	1.009
Brandenburg	2.360	941	2.364	946	2.260	922	2.222	908	2.195	896	2.167	879	2.101	846	2.039	816	2.019	805	1.799	715
Hessen	16.418	2.708	18.266	3.010	20.140	3.355	19.535	3.242	20.288	3.345	20.566	3.363	19.772	3.201	18.662	2.996	14.509	2.321	14.885	2.372
Mecklenburg-Vorpommern	2.535	1.540	2.469	1.506	2.479	1.547	2.456	1.538	2.504	1.568	2.568	1.604	2.313	1.435	2.168	1.346	2.510	1.559	2.136	1.327
Niedersachsen	13.805	1.740	14.027	1.772	13.495	1.734	12.876	1.653	13.155	1.684	14.205	1.807	14.213	1.793	14.237	1.788	15.401	1.930	14.830	1.856
Nordrhein-Westfalen	48.374	2.710	49.988	2.802	51.231	2.920	51.627	2.942	53.627	3.048	56.938	3.220	57.341	3.210	55.019	3.075	54.367	3.035	54.709	3.051
Rheinland-Pfalz	11.129	2.777	11.868	2.967	11.940	2.993	12.919	3.239	13.685	3.421	14.317	3.560	14.600	3.602	14.701	3.612	15.655	3.839	14.551	3.558
Saarland	2.802	2.748	2.965	2.918	3.185	3.199	3.304	3.331	3.692	3.731	3.840	3.882	3.830	3.847	3.712	3.729	3.659	3.688	3.640	3.683
Sachsen	3.728	898	3.480	840	4.890	1.209	4.890	1.210	4.946	1.223	4.881	1.203	3.871	948	3.568	875	3.260	800	3.178	780
Sachsen-Anhalt	3.738	1.594	3.539	1.520	3.417	1.508	3.237	1.439	3.352	1.498	3.290	1.475	3.153	1.404	2.950	1.323	2.830	1.278	2.721	1.237
Schleswig-Holstein	3.715	1.312	4.169	1.469	4.347	1.550	4.414	1.572	4.546	1.612	4.657	1.639	5.290	1.850	5.339	1.849	5.355	1.851	4.780	1.648
Thüringen	2.469	1.102	2.345	1.051	2.302	1.058	3.194	1.476	3.091	1.433	2.971	1.379	2.980	1.373	3.087	1.433	2.851	1.329	2.729	1.277
<b>Flächenländer</b>	<b>134.156</b>	<b>1.768</b>	<b>138.311</b>	<b>1.824</b>	<b>142.112</b>	<b>1.903</b>	<b>142.396</b>	<b>1.904</b>	<b>147.106</b>	<b>1.959</b>	<b>155.585</b>	<b>2.060</b>	<b>151.151</b>	<b>1.984</b>	<b>146.341</b>	<b>1.911</b>	<b>146.421</b>	<b>1.908</b>	<b>143.881</b>	<b>1.871</b>

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 1.5.1

Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

Stand jeweils zum 30.06. Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsforschung auf Grundlage des Zensus 2011

<sup>1</sup>Stand: 31.12.2015

Stand: 05.10.2020

Nach Mitteilung der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände (VAK) beträgt der Barwert (berechnet nach der Teilwertmethode)

2010		2011		2012 <sup>1</sup>		2013		2014	
Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
2.049	724	2.120	747	2.138	763	2.198	783	2.292	813
2015		2016 <sup>1</sup>		2017 <sup>1</sup>		2018 <sup>1</sup>		2019 <sup>1</sup>	
Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
2.337	823	2.402	840	2.439	845	2.569	888	2.476	854

Ab 2014 werden die Werte der kommunalen Zweckverbände, die Pflichtmitglieder der VAK sind, einbezogen.

**Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände  
der Flächenländer einschl. Extrahaushalte - 2010 bis 2019**

	2010 <sup>1</sup>		2011 <sup>1</sup>		2012		2013		2014		2015		2016 <sup>1</sup>	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	21.966	2.043	23.330	2.163	25.604	2.423	26.371	2.488	27.144	2.543	38.496	3.572	36.159	3.324
Bayern	23.228	1.853	24.212	1.922	25.516	2.038	27.392	2.183	29.457	2.331	33.241	2.608	37.399	2.912
Brandenburg	4.637	1.852	5.340	2.140	5.724	2.337	6.055	2.474	6.325	2.580	7.067	2.867	7.606	3.061
Hessen	14.000	2.308	13.718	2.252	14.410	2.395	15.146	2.514	16.911	2.788	18.308	2.993	18.631	3.017
Mecklenburg-Vorpommern	2.132	1.298	2.588	1.583	3.313	2.070	4.099	2.567	4.574	2.864	4.875	3.046	6.333	3.928
Niedersachsen	11.425	1.443	11.006	1.391	11.374	1.462	11.702	1.502	11.654	1.492	15.239	1.939	16.487	2.080
Nordrhein-Westfalen	44.794	2.510	46.163	2.587	46.904	2.672	46.267	2.637	44.558	2.533	51.904	2.935	54.212	3.034
Rheinland-Pfalz	8.156	2.037	8.682	2.171	9.169	2.298	9.695	2.431	10.499	2.624	11.717	2.914	12.413	3.063
Saarland	2.096	2.060	2.060	2.033	2.137	2.149	2.157	2.175	2.179	2.202	2.248	2.272	2.227	2.237
Sachsen	10.290	2.480	10.649	2.574	14.075	3.475	15.642	3.870	17.371	4.294	19.015	4.688	18.647	4.565
Sachsen-Anhalt	5.457	2.337	5.242	2.266	4.960	2.195	5.135	2.283	5.587	2.497	5.878	2.635	7.452	3.319
Schleswig-Holstein	3.081	1.087	3.287	1.158	3.523	1.255	3.657	1.302	3.749	1.329	4.489	1.580	4.776	1.671
Thüringen	5.429	2.429	6.314	2.843	6.298	2.902	6.442	2.977	8.035	3.726	7.764	3.603	8.087	3.726
<b>Flächenländer</b>	<b>156.691</b>	<b>2.066</b>	<b>162.591</b>	<b>2.143</b>	<b>173.006</b>	<b>2.314</b>	<b>179.760</b>	<b>2.403</b>	<b>188.042</b>	<b>2.505</b>	<b>220.242</b>	<b>2.916</b>	<b>230.428</b>	<b>3.024</b>

	2017		2018		2019	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	38.120	3.469	39.264	3.553	41.580	3.750
Bayern	38.972	3.003	39.292	3.013	40.503	3.092
Brandenburg	8.116	3.249	8.390	3.347	9.172	3.645
Hessen	19.318	3.101	18.403	2.944	20.276	3.231
Mecklenburg-Vorpommern	6.978	4.332	7.463	4.637	8.991	5.588
Niedersachsen	17.164	2.156	17.340	2.173	19.808	2.479
Nordrhein-Westfalen	57.679	3.223	56.227	3.139	63.110	3.520
Rheinland-Pfalz	13.069	3.211	13.313	3.265	13.212	3.231
Saarland	2.217	2.227	2.046	2.062	2.246	2.273
Sachsen	22.724	5.573	22.681	5.566	25.480	6.256
Sachsen-Anhalt	7.691	3.449	7.304	3.299	8.198	3.726
Schleswig-Holstein	5.311	1.840	5.313	1.837	6.158	2.124
Thüringen	8.267	3.839	12.431	5.794	13.153	6.154
<b>Flächenländer</b>	<b>245.626</b>	<b>3.208</b>	<b>249.467</b>	<b>3.251</b>	<b>271.887</b>	<b>3.536</b>

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14  
Reihe 5.1, Tabellenteil 8, Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern zum 31.12. des Jahres  
Stand jeweils zum 30.06. Ab 2012 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011

<sup>1</sup> Stand: 31.12

Stand: 05.10.2020

## Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände - 2010 bis 2019

Flächenland	31.12.2010 €/Ew.	31.12.2011 €/Ew.	31.12.2012 €/Ew.	31.12.2013 €/Ew.	31.12.2014 €/Ew.	31.12.2015 €/Ew.	31.12.2016 €/Ew. <sup>1</sup>	31.12.2017 €/Ew.	31.12.2018 €/Ew.	31.12.2019 €/Ew.
Baden-Württemberg	477	560	591	600	613	620	635	653	660	707
Bayern	175	233	239	237	250	263	279	240	235	237
Brandenburg	219	210	211	199	166	159	153	143	132	124
Hessen	623	682	701	800	800	790	763	744	697	683
Mecklenburg-Vorpommern	238	248	266	278	260	239	202	194	169	150
Niedersachsen	220	258	264	301	307	296	292	285	282	273
Nordrhein-Westfalen	427	430	429	430	416	387	351	335	316	301
Rheinland-Pfalz	414	382	374	329	274	250	226	218	207	197
Saarland	278	336	387	391	403	390	353	326	296	281
Sachsen	323	339	327	413	373	356	246	220	218	196
Sachsen-Anhalt	133	143	142	141	142	135	127	111	110	90
Schleswig-Holstein	156	159	151	172	162	144	133	108	109	106
Thüringen	96	113	106	103	101	93	86	79	95	87
<b>zusammen</b>	<b>338</b>	<b>343</b>	<b>377</b>	<b>393</b>	<b>387</b>	<b>378</b>	<b>362</b>	<b>349</b>	<b>339</b>	<b>337</b>

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

Stand jeweils zum 30.06. Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011

<sup>1</sup>Stand: 31.12.2015

Stand : 05.10.2020



## Realsteuervergleich 2019

Bundesland	Gewogene Durchschnittshebesätze								
	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbsteuer		
	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>331</b>	<b>412</b>	<b>330</b>	<b>399</b>	<b>525</b>	<b>370</b>	<b>378</b>	<b>438</b>	<b>364</b>
Baden-Württemberg	361	427	359	391	469	371	366	419	351
Bayern	350	344	350	394	496	341	376	456	327
Brandenburg	315	354	314	409	521	389	316	439	300
Hessen	407	248	412	490	533	472	414	457	377
Mecklenburg-Vorpommern	323	338	323	428	521	408	382	461	361
Niedersachsen	387	355	388	435	490	426	408	419	406
Nordrhein-Westfalen	291	256	294	577	616	549	453	477	435
Rheinland-Pfalz	323	320	323	403	449	384	381	423	361
Saarland	299	-	299	444	-	444	446	-	446
Sachsen	316	326	315	498	631	431	422	455	399
Sachsen-Anhalt	333	281	334	420	497	395	376	450	354
Thüringen	299	332	298	435	527	403	407	458	390
Berlin	150	150	-	810	810	-	410	410	-
Bremen	250	250	-	687	687	-	469	469	-
Hamburg	225	225	-	540	540	-	470	470	-
<b>Deutschland</b>	<b>342</b>	<b>309</b>	<b>343</b>	<b>475</b>	<b>574</b>	<b>424</b>	<b>403</b>	<b>452</b>	<b>373</b>

Quelle: Stat. Bundesamt  
 Fachserie 14, Reihe 10.1  
 Realsteuervergleich

06.10.2020

Entwicklung der Umlagesätze für die allgemeine/zusätzliche Kreisumlage - 2004 bis 2021

	2005			2006			2007			2008			2009			2010			2011			2012		
	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110
Dithmarschen	35	35	110	36	36	110	36	36	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110
Herzogtum Lauenburg	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110
Nordfriesland	35,5	32	110	36,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,575	32	110	35,65	32	110	35,65	32	110
Ostholstein	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	35	29,5	110	35	29,5	110	35	29,5	110	35	29,5	110
Pinneberg	39,75	30	113	37,75	20	113	37,75	20	113	37,75	20	113	37,75	20	113	39	20	110	39	20	110	39	20	110
Plön	33	33	130	33	33	120	33	33	120	33	33	120	33	33	120	35	35	110	35	35	110	35	35	110
Rendsburg-Eckernförde	30	30	130	32	32	110	32	32	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110
Schleswig-Flensburg	33	30	110	33	30	110	35	30	110	35	30	110	35	30	110	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	30	110
Segeberg <sup>1</sup>	31	31	130	36	31	130	36	31	130	36	31	115	36	31	120	36	31	120	37,5	31	110	37,5	31	110
Steinburg	33	29	130	33	29	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110
Stormarn	36,5	22	110	36,5	22	110	37,25	24	110	37,25	24	110	36,75	26	110	36,75	26	110	36,75	26	110	36,25	26	110
<b>gewogene allg. Durchschnitts-umlagesatz</b>	<b>34,2</b>			<b>35,01</b>			<b>35,17</b>			<b>35,13</b>			<b>35,26</b>			<b>35,58</b>			<b>35,91</b>			<b>35,86</b>		

<sup>1</sup> Die Haushaltssatzung 2006 des Kreises Segeberg ist hinsichtlich der Festsetzung des Schwellenwertes für die zusätzliche Kreisumlage auf 120 v. H. durch Urteil des OVG Schleswig-Holstein vom 12.12.2007 unwirksam geworden.

	2013			2014			2015 <sup>2</sup>	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110							
Dithmarschen	37	37	110	37	37	110	37,0	37,00	37,00	34,00	34,00	30,00	30,00
Herzogtum Lauenburg*	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,40	36,40	38,09	36,40	34,90	33,90	31,90
Nordfriesland	37	32	110	37	32	110	37,00	39,00	37,50	37,50	37,50	37,50	37,50
Ostholstein	35	29,5	110	36	29,5	110	36,00	36,30	36,30	36,00	35,00	33,50	33,50
Pinneberg	39	20	110	39	20	110	39,00	39,00	39,00	39,00	37,00	35,25	35,25
Plön	35	35	110	35	35	110	36,00	36,00	35,30	35,00	35,00	34,25	34,25
Rendsburg-Eckernförde	31	31	110	31	31	110	31,00	31,00	31,00	31,00	31,00	29,00	29,00
Schleswig-Flensburg	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	36,32	36,32	37,23	37,23	36,32	36,32
Segeberg	37,5	31	110	36,25	31	110	36,25	36,25	35,25	33,25	33,25	31,25	29,75
Steinburg	35	33	110	35	33	110	35,00	35,00	35,00	31,00	34,00	34,00	34,00
Stormarn	35,50	26	110	34,50	26	110	34,50	35,75	33,50	31,25	30,60	30,60	30,60
<b>gewogene allg. Durchschnitts-umlagesatz</b>	<b>35,99</b>			<b>35,77</b>			<b>35,84</b>	<b>36,17</b>	<b>35,79</b>	<b>34,77</b>	<b>34,36</b>	<b>33,06</b>	<b>32,69</b>

<sup>2</sup> mit dem neuen FAG zum 01.01.2015 ist das Instrument der zusätzlichen Kreisumlage entfallen

**Steuersätze 2020 der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Ew. und Konsolidierungskommunen**

	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Hundesteuer für den ersten Hund	Zweitwohnungs- steuer	Vergnügungs- steuer
<b>Kreisfreie Städte</b>						
Flensburg	600%	690%	410%	132,00 €	12,0%	20,0%
Kiel	400%	500%	450%	126,00 €	14,0%	18,0%
Lübeck	400%	500%	450%	144,00 €	12,0%	18,0%
Neumünster	390%	480%	410%	120,00 €	18,0%	16,0%
<b>Kreisangehörige Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern</b>						
Ahrensburg	350%	350%	380%	80,00 €	X	15,0% <sup>1</sup>
Bad Oldesloe	390%	390%	370%	120,00 €	X	16,0%
Bad Schwartau	310%	310%	330%	120,00 €	X	13,0%
Eckernförde	370%	390%	370%	80,00 €	14,0%	14,0%
Elmshorn	380%	425%	400%	90,00 €	X	18,0%
Geesthacht	400%	425%	400%	120,00 €	X	20,0%
Heide	380%	430%	380%	120,00 €	8,0%	20,0%
Husum	360%	380%	370%	66,00 €	14,0%	16,0%
Itzehoe	380%	425%	380%	120,00 €	12,0%	18,0%
Kaltenkirchen	315%	315%	380%	60,00 €	X	10,0%
Norderstedt	300%	410%	440%	85,00 €	12,0%	15,0% <sup>1</sup>
Pinneberg	380%	450%	390%	120,00 €	12,0%	20,0%
Quickborn	380%	400%	390%	66,00 €	X	20,0%
Reinbek	390%	390%	390%	90,00 €	X	14,0%
Rendsburg	380%	425%	380%	100,00 €	X	12,0%
Schleswig	380%	450%	370%	110,00 €	14,0%	16,0%
Wedel	380%	425%	380%	120,00 €	12,0%	18,0%

<sup>1</sup> der elektronisch gezahlten Nettokasse (ansonsten der elektronisch gezahlten Bruttokasse bzw. des Einspielergebnisses)